AGENDA FÜR DIE JUNGE GENERATION

Inhalt

Agenda für die junge Generation – Warum jetzt? Eine Bestandsaufnahme *2*

Präambel: Der Generationenvertrag wird erneuert *3*

Grundsätze der Agenda 3

I. Staat und Verwaltung: Agilität statt Misstrauenskultur *4*

Unsere Grundhaltung 4

Programmatische Verpflichtungen 4

II. Haushalt und Schuldenbremse: Keine Verträge zulasten Dritter *4*

Leitlinien der Finanzpolitik 5

Generationencheck für Haushaltsentscheidungen 5

III. Alterssicherung: ehrlich, demografiesicher und kapitalgedeckt *5*

IV. Vermögensbildung und Steuerpolitik: Aufstieg statt Substanzbesteuerung *8*

1. Aufstiegsvermögen ermöglichen 8
2. Erbschaftsteuerreform ohne Angriff auf Betriebsvermögen 8
3. Unternehmen global denken 9

V. Bildung und Arbeitsmarkt zusammen denken *9*

1. Leistung und Zukunftskompetenzen stärken 9
2. Lehrkräfte stärken und Schule für die Praxis öffnen 9
3. Berufliche und akademische Bildung gleichwertig gestalten 10
4. Weiterbildung flexibel, unbürokratisch und wirkungsorientiert gestalten 10
5. Alle Fachkräftepotenziale erschließen 10

VI. Digitalisierung und KI: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft modernisieren *11*

1. Digitale Infrastruktur und Genehmigungen beschleunigen 11
2. Digital-Check für alle Gesetze 11
3. KI als Schlüsseltechnologie verankern 11
4. Cybersicherheit und digitale Souveränität 11

VII. Familie und junge Leistungsträger: Verlässlichkeit statt Kürzungen *11*

Elterngeld schützen und verlässlich weiterentwickeln 12

VIII. Beschlussformel: Das Versprechen des Jungen Wirtschaftsrats *12*

Agenda für die junge Generation – Warum jetzt? Eine Bestandsaufnahme

Die Daten zeigen: Die Debatte über Generationengerechtigkeit ist eine Frage von Wachstum, Beitragsgerechtigkeit, Schulden, Verwaltungskapazität und Zukunftschancen.

Feld	Kennzahl	Entwicklung / Befund
Wachstum	0,7 % (2026) / 1,1 % (2027)	OECD-Prognose nach mehreren Jahren schwacher Entwicklung.
Sozialabgaben	45,4 % (2030) / 49,7 % (2040)	Prognose des Sachverständigenrats; 2026 liegt der Gesamtsozialversicherungsbeitrag bereits bei 42,3 % des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts.
Schulden	63,5 % des BIP	Anstieg 2025 um 144 Mrd. EUR; Zinsausgaben des Bundes rund 30 Mrd. EUR.
Fachkräfte	Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt bis 2036 voraussichtlich um rund 4 Millionen.	Durch den Renteneintritt der Babyboomer scheiden mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt aus als nachrücken.
Rente	48-%-Haltelinie: Erfordert 2031 rund 11 Mrd. EUR zusätzliche Bundesmittel	Veranschlagung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
Steuern/Abgaben	49,3 %	Steuer- und Abgabenlast eines kinderlosen Singles mit Durchschnittseinkommen – zweithöchster Wert in der OECD (2025; einschließlich durch die Arbeitgeber abzuführender Abgaben).
Bildung	35 % unter Mindeststandard in Mathematik	PISA 2025 (veröffentlicht im September 2026); zusätzlich verfehlen im Lesen rund 33 % die Mindeststandards.

Präambel: Der Generationenvertrag wird erneuert

Der Junge Wirtschaftsrat versteht diese Agenda als programmatischen Empfehlungskatalog für die Bundespolitik. Deutschland steht vor einer Verdichtung von Zukunftslasten – von einer alternden Gesellschaft und immer höheren Zinslasten über Bürokratie und einem veralteten Bildungssystem bis hin zu hohen Energiepreisen und mangelnder digitaler Infrastruktur. Trotz einiger Reformschritte seit 2025 reagiert die Politik zu häufig im reaktiven Krisenmodus mit kurzfristigen Entlastungspaketen, statt die dauerhafte Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Landes nachhaltig zu stärken.

Der Junge Wirtschaftsrat will eine Soziale Marktwirtschaft, die wieder zu ihren Wurzeln zurückkehrt und aufstiegsorientiert ist. Ein Land, in dem Bildung befähigt, Arbeit sich lohnt, Gründen einfach ist, Eigentum aufgebaut werden kann, Familien Planungssicherheit haben, Unternehmen prosperieren und investieren und der Staat seine Kernaufgaben effizient erfüllt. Wer heute entscheidet, muss für morgen mitdenken.

Grundsätze der Agenda

Die Agenda folgt fünf Grundsätzen, die ihren politischen Kompass bilden:

1. Generationengerechtigkeit als Maßstab jeder Politik
Jede politische Maßnahme muss daran gemessen werden, ob sie junge und künftige Generationen befähigt oder zusätzlich belastet. Generationengerechtigkeit ist der rote Faden dieser Agenda.

2. Soziale Marktwirtschaft als Ordnung der Freiheit
Der Junge Wirtschaftsrat bekennt sich zu Wettbewerb, Eigentum, Eigenverantwortung, Leistungsprinzip, Unternehmertum und fiskalischer Solidität. Diese Prinzipien sind Voraussetzung für sozialen Aufstieg, soziale Absicherung, Investitionen und Zukunftsvertrauen.

3. Staatliche Handlungsfähigkeit durch Begrenzung und Modernisierung
Ein handlungsfähiger Staat ist nicht zwangsläufig ein größerer Staat, ganz im Gegenteil. Er ist ein Staat, der klare Regeln setzt, Verfahren digitalisiert, Entscheidungen beschleunigt, seine Kernaufgaben priorisiert und Wirtschaft wie Gesellschaft nicht aus Misstrauen lähmt.

4. Zukunftsinvestitionen statt Lastenverschiebung
Investitionen in Bildung, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Infrastruktur, Sicherheit und wettbewerbsfähige Energieversorgung sind zentrale Zukunftsaufgaben. Sie dürfen jedoch nicht als Vorwand dienen, strukturelle Ausgabenprobleme zu verdecken oder Schulden an die junge Generation weiterzureichen.

5. Aufstieg, Eigentum und Familie als Versprechen
Junge Menschen sollen in Deutschland nicht zuerst Rechnungen erben, sondern Chancen vorfinden: gute Bildung, sichere Arbeit, Familiengründung, Eigentum, Kapitalbildung, Gründung und unternehmerische Verantwortung.

I. Staat und Verwaltung: Agilität statt Misstrauenskultur

Der Staat gibt Unternehmern aus Risikoscheu zu wenig Freiheit und bremst damit Zukunftslösungen. Daraus entsteht eine Bürokratiekrise, die Entwicklung, Gründung, Innovation und Kooperation hemmt.

(I) Daten und Handlungsdruck: Bürokratie ist kein Randthema, sondern Standortfaktor

- Der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft stieg von 10,6 Mrd. EUR im Berichtszeitraum 2020/21 auf 14,4 Mrd. EUR im Berichtszeitraum 2022/23.
- 90,2 % der befragten Unternehmen sehen sich durch Bürokratie stark belastet; 83,3 % nennen hohen Zeitaufwand, 66,4 % hohen Kostenaufwand.
- Mehr als 40 % der Unternehmen tätigten wegen Bürokratie keine Investitionen; fast 60 % wollen künftig aus diesem Grund auf Investitionen verzichten.

Unsere Grundhaltung

- Mut zur Verantwortung statt Misstrauenskultur: Politik und Verwaltung sollen Fehlerkultur, Entscheidungsmut und Ergebnisorientierung fördern.
- Staat und Wirtschaft als Partner: Öffentliche Beschaffung darf nicht allein Rechtssicherheit kaufen, sondern muss Innovation, frühes Feedback und agile Zusammenarbeit ermöglichen.

Programmatische Verpflichtungen

- Berichts-, Nachweis- und Dokumentationspflichten sollen auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt, unverhältnismäßige Pflichten abgeschafft und verbleibende Pflichten nach Risiko und Unternehmensgröße abgestuft werden. Für Kleinst- und junge Unternehmen muss Regulierung praktisch erfüllbar sein.
- Förderpolitik soll stärker über Verträge, Aufträge und Partnerschaften wirken: Das beste Förderprogramm ist ein Vertrag.

II. Haushalt und Schuldenbremse: Keine Verträge zulasten Dritter

Haushaltspolitik ist Generationenpolitik. Die junge Generation trägt die Folgen steigender Sozialausgaben, wachsender Zinslasten und schuldenfinanzierter Projekte. Deshalb fordert der Junge Wirtschaftsrat eine Finanzpolitik, die langfristig denkt, klar priorisiert und junge Menschen in der Schuldendebatte ausdrücklich mitdenkt.

(II) Daten und Handlungsdruck: Der Staat verliert Spielräume an Zinsen, Konsum und Sozialausgaben

- Die Zinsausgaben des Bundes lagen 2025 bei rund 29,9 Mrd. EUR und banden 7,7 % seiner Steuereinnahmen. Nach der aktuellen Finanzplanung steigen sie bis 2030 auf 80,7 Mrd. EUR. Damit würde ein wachsender Teil des Bundeshaushalts für den Schuldendienst gebunden.

Leitlinien der Finanzpolitik

- Die Schuldenbremse ist als bewährte Leitplanke solider Haushaltspolitik zu bewahren. Eine weitere Aufweichung wird abgelehnt; bestehende verfassungsrechtliche Ausnahmen müssen eng begründet, parlamentarisch kontrolliert und transparent ausgewiesen werden.
- Der Junge Wirtschaftsrat lehnt zusätzliche schuldenfinanzierte Sondervermögen als Ersatz für Haushaltsdisziplin ab. Bestehende Sondervermögen müssen transparent, zweckgebunden, zeitlich überprüfbar und frei von verdeckten konsumtiven Mehrausgaben geführt werden.
- Der Bund soll durch verlässliche Rahmenbedingungen, planbare Genehmigungen und geeignete Beteiligungsmodelle private Investitionen in Infrastruktur attraktiver machen.
- Zukunftsinvestitionen müssen stärker privates Kapital mobilisieren. Rund 90 Prozent aller Investitionen in Deutschland erfolgen durch private Akteure – für sie müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Generationencheck für Haushaltsentscheidungen

Jede wesentliche haushaltspolitische Entscheidung soll einem Generationencheck unterzogen werden. Dieser soll offenlegen, welche Zins-, Beitrags-, Steuer- oder Opportunitätskosten jungen Menschen und künftigen Steuerzahlern entstehen.

III. Alterssicherung: ehrlich, demografiesicher und kapitalgedeckt

Die Alterssicherung ist der Kern des Generationenvertrags. Das umlagefinanzierte Rentensystem steht durch den demografischen Wandel, politische Haltelinien, steigende Bundeszuschüsse und versicherungsfremde Leistungen zunehmend unter Druck. Der Junge Wirtschaftsrat fordert deshalb einen ehrlichen Kurswechsel: weg von kurzfristiger Stabilisierung durch Steuerzuschüsse und politische Garantien, hin zu Kapitaldeckung und echter Generationengerechtigkeit.

Die jüngste Rentenreform stabilisiert das Rentenniveau bis 2031 bei 48 %, erweitert die Mütterrente und setzt mit der Aktivrente zusätzliche Erwerbsanreize im Alter. Damit schafft sie kurzfristig scheinbare Sicherheit, löst aber die strukturellen Probleme des Umlagesystems nicht: Demografie, längere Rentenbezugsdauer, steigende Bundeszuschüsse und wachsende Beitragslasten bleiben bestehen.

Die angekündigte Umsetzung der Empfehlungen der Alterssicherungskommission muss sich am Generationencheck (Kapitel II) messen lassen. Entscheidend ist, ob der zweite

Reformschritt die Finanzierung der Rente demografiesicher macht, Kapitaldeckung stärkt und die Belastung junger Beitrags- und Steuerzahler begrenzt. Wer Rentenniveau, Mütterrente oder zusätzliche Leistungen festschreibt, muss offenlegen, welche Kosten daraus für die junge Generation entstehen – auch wenn sie über den Bundeshaushalt finanziert werden.

(III) Daten und Handlungsdruck: Die Rente wird zur zentralen Generationenfrage

- 1962 standen noch sechs Beitragszahler für einen Rentner ein; 2020 waren es nur noch 1,8. Bis 2050 sinkt das Verhältnis voraussichtlich auf etwa 1,3 zu 1.
- Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer ist seit 1960 deutlich gestiegen – in Westdeutschland bei Männern von 9,6 auf 18,5 Jahre, bei Frauen von 10,6 auf 21,4 Jahre (2020).
- Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung soll 2026 auf 127,8 Mrd. EUR steigen – knapp ein Viertel des Bundeshaushalts.
- 2025 nutzten rund 262.000 Menschen beziehungsweise 28,3 % aller Neurentner mit Altersrente die sogenannte „Rente mit 63“.
- Ob in Aktien investiert wird, hängt stark vom Bildungshintergrund ab: 40 % der Befragten mit hoher Bildung besitzen Aktien, bei niedriger Bildung sind es nur 9 %.
- Der Anteil junger Menschen, die in Aktien oder andere Wertpapiere investieren, stieg von 9 % (2018) auf 31 % (2024). Das Interesse am Kapitalmarkt wächst damit deutlich schneller als die schulische Vermittlung von Finanzwissen.

1. Umlageverfahren stabilisieren, nicht weiter politisieren

- Die beschlossene 48-%-Haltelinie und die Ausweitung der Mütterrente sind nicht tragbar, weil sie langfristige Folgekosten erzeugen und notwendige Anpassungen erschweren.
- Der Nachhaltigkeitsfaktor muss wieder eine wirksame Rolle spielen, damit demografische Veränderungen im System abgebildet werden.
- Das Renteneintrittsalter soll regelgebunden und nachvollziehbar der steigenden Lebenserwartung folgen.
- Versicherungsfremde Leistungen müssen transparent ausgewiesen und sachgerecht finanziert werden.
- Die abschlagsfreie vorzeitige Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“) soll auslaufen. Sie setzt angesichts des Fachkräftemangels und der steigenden Finanzierungslasten falsche Anreize und ist damit zutiefst ungerecht unter anderem gegenüber der jungen Generation, die diese Sonderregel mitfinanzieren muss.
- Die Rentenanpassung soll stärker an der Preisentwicklung statt ausschließlich an der Lohnentwicklung ausgerichtet werden; ihre Verteilungs- und Finanzierungswirkungen sind offenzulegen.

2. Betriebliche und private Vorsorge stärken

- Die betriebliche Altersvorsorge soll durch einfache, haftungsarme Opt-out-Modelle verbreitert werden.
- Die Komplexität der betrieblichen Altersvorsorge ist zu reduzieren, damit kleine und mittlere Unternehmen sie leichter anbieten können.
- Private Vorsorgeprodukte sollten schlank, kostengünstig, transparent und renditestark sein.
- Ein steuerbegünstigter Kapitalstock nach internationalem Vorbild soll die private Altersvorsorge stärken.
- Kapitaldeckung darf nicht als Randbaustein behandelt werden, sondern muss zu einem tragenden Element generationengerechter Alterssicherung werden.

3. Erwerbsbeteiligung erhöhen

Wer länger arbeiten kann und will, soll hierfür stärkere Anreize erhalten. Eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer stärkt Beitragsbasis, Wissenstransfer und finanzielle Stabilität. Die Aktivrente kann hierzu beitragen. Solange es die abschlagsfreie Frühverrentung gibt, ist das Zusammenspiel beider Instrumente auf Mitnahmeeffekte und zusätzliche Kosten zu prüfen – ein vorgezogener Renteneintritt mit anschließender Weiterarbeit darf nicht begünstigt werden.

4. Finanzielle Bildung stärken: Vorsorge beginnt mit Wissen

Kapitaldeckung kann nur dann zu einem tragenden Element der Alterssicherung werden, wenn junge Menschen verstehen, wie Vermögensaufbau funktioniert. Mit der vom Bundestag beschlossenen Frühstart-Rente und dem Altersvorsorgedepot ab 2027 wächst die Verantwortung des Einzelnen für die eigene Vorsorge – das notwendige Wissen wächst jedoch nicht automatisch mit. Finanzielle Bildung ist deshalb keine Ergänzung, sondern Voraussetzung einer generationengerechten Alterssicherung.

Zugleich ist finanzielle Bildung eine Frage der Chancengerechtigkeit, da heutzutage allzu oft das Elternhaus darüber entscheidet, wer Vermögen aufbaut und am Unternehmenserfolg teilhat. Der Junge Wirtschaftsrat will, dass aus Sparern Eigentümer werden – unabhängig von der Herkunft.

- Finanzielle Bildung muss bundesweit verbindlich in den Lehrplänen verankert werden, möglichst in einem eigenständigen Fach Wirtschaft und Finanzen. Dazu gehören die Themen Kapitalmarkt, Zinseszins, Risikostreuung, Altersvorsorge, Steuern und Schuldenprävention.
- Lehrkräfte müssen entsprechend qualifiziert und durch Fortbildungen sowie unabhängige, qualitätsgesicherte Unterrichtsmaterialien unterstützt werden.
- Die Frühstart-Rente soll als praktisches Lerninstrument im Unterricht genutzt werden. Kapitalanlagen müssen wettbewerblich, kostengünstig und breit gestreut erfolgen. Politische Einflussnahme auf Anlageentscheidungen und die Einführung eines Staatsfonds werden abgelehnt.

- Die Frühstart-Rente ersetzt keine strukturelle Rentenreform. Die Finanzbildungsstrategie des Bundes muss mit messbaren Zielen umgesetzt und finanzielle Bildung auch in Ausbildung, Studium und Berufseinstieg verankert werden.

IV. Vermögensbildung und Steuerpolitik: Aufstieg statt Substanzbesteuerung

Zu viele Menschen haben zu wenig Vermögen. Der Junge Wirtschaftsrat will Vermögensaufbau deshalb breiter ermöglichen – Ziel ist ein echtes Aufstiegsvermögen für alle. Das stärkt zugleich die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft: Wer – etwa als Aktionär – am Unternehmenserfolg teilhat, blickt anders auf Kapitalmarkt und Wirtschaftssystem.

(IV) Daten und Handlungsdruck: Hohe Abgaben bremsen Aufstieg, Arbeit und Investitionen

- Bei Kapitalgesellschaften lag der tarifliche Steuersatz 2024 in Deutschland bei 30,1 % (OECD-Durchschnitt: 23,9 %); der effektive Steuersatz bei 26,7 % (OECD: 22,1 %).
- Von 2026 bis 2030 planen ca. 186.000 Unternehmen ihre Nachfolge. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer lag 2025 beim Höchstwert von 21,4 Mrd. Euro (+60,8 % zum Vorjahr).
- Wer mit mindestens 1 % an einer Kapitalgesellschaft beteiligt ist und ins Ausland zieht, wird auf den fiktiven Veräußerungsgewinn besteuert. Die frühere unbefristete, zinslose Stundung bei Wegzug innerhalb von EU und EWR ist seit 2022 entfallen.

1. Aufstiegsvermögen ermöglichen

- Der Sparerfreibetrag bei Kapitaleinkünften soll deutlich gestärkt werden; eine Erhöhung auf 5.000 Euro wird als notwendiger Schritt begrüßt.
- Ungenutzte Freibeträge sollen übertragbar beziehungsweise kumulativ gestaltet werden, damit junge Menschen später nachholen können, was sie in frühen Erwerbsjahren noch nicht nutzen konnten.
- Langfristige Kapitalanlagen wie Aktien und Fonds sollen steuerlich begünstigt werden. Wer langfristig investiert, soll stärker belohnt werden, indem die Spekulationsfrist wieder eingeführt wird und nach deren Verstreichen realisierte Kursgewinne steuerfrei sind.

2. Erbschaftsteuerreform ohne Angriff auf Betriebsvermögen

- Die Besteuerung von Unternehmensnachfolgen darf die Fortführung produktiver Betriebe und Arbeitsplätze nicht gefährden; Familienunternehmen sind in ihrer langfristigen Fortführung zu schützen. Bei vermögensintensiven Familienunternehmen kann die Erbschaftsteuer wirtschaftlich wie eine zusätzliche Belastung der Unternehmenssubstanz wirken, wenn für ihre Finanzierung betriebliche Liquidität entzogen werden muss.
- Eine Flat-Tax bei der Erbschaftsteuer wird abgelehnt, wenn sie die Verschonungsregeln für Betriebsvermögen ersetzt und Familienunternehmen dadurch stärker belastet, da dies eine Substanzbesteuerung wäre. Zudem würde eine Flat-Tax einen populistischen Überbietungswettbewerb anlässlich einer jeden Bundestagswahl begünstigen.

3. Unternehmen global denken

- Die Exit Tax sollte bei temporären Umzügen aus beruflichen Gründen (z.B. Aufbau von neuen internationalen Märkten), sofern das Beschäftigungsverhältnis bestehen bleibt und die Beteiligung nicht veräußert wird, entfallen. Somit wird der Auslöser die tatsächliche Realisierung und nicht der Wohnort.
- Wegzugsbesteuerung und Entstrickungsbesteuerung sollte bei dem Wegzug natürlicher Personen entfallen. Diese Argumentation fußt auf Renteneintritten und sieht keinen Handlungsspielraum für Personen in bestehenden Arbeitsverhältnissen. Die deutsche Rechtslage ist strikter ausgelegt als es die europäischen Richtlinien vorsehen.

V. Bildung und Arbeitsmarkt zusammen denken

Bildung ist Standortpolitik. Demografischer Wandel, Künstliche Intelligenz und neue Berufsbilder verändern die Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmen. Deutschland muss Bildung und Arbeitsmarkt deshalb stärker verzahnen – von schulischen Grundkompetenzen bis zur beruflichen Weiterbildung.

(V) Daten und Handlungsdruck: Bildung wird zur Engpasspolitik

- In PISA 2025 erreichten Deutschlands Schüler mit durchschnittlich 464 Punkten in Mathematik, 465 im Lesen und 486 in Naturwissenschaften historische Tiefstwerte.
- Der MINT-Herbstreport 2025 weist eine Fachkräftelücke von 148.500 Personen aus.
- Die Lehrkräftelücke könnte von 30.000 (2025/26) auf 66.000 (2035/36) steigen.

1. Leistung und Zukunftskompetenzen stärken

Digitale Bildung darf nicht mit technischer Ausstattung verwechselt werden. Entscheidend sind didaktischer Mehrwert und qualifizierte Lehrkräfte für KI-gestützte und adaptive Lernmedien. Erfolgreiche Anwendungen müssen interoperabel, dauerhaft finanzierbar und länderübergreifend skalierbar sein.

Anerkannte Zusatzqualifikationen in Bereichen wie IT, KI, Cloud und Cybersicherheit sollen bereits während der Schulzeit erworben und angerechnet werden. Schulen, Hochschulen und Unternehmen sollen neue Lernformen gemeinsam erproben und erfolgreiche Modelle schneller in die Fläche bringen.

2. Lehrkräfte stärken und Schule für die Praxis öffnen

Lehrkräfte müssen von Bürokratie entlastet, kontinuierlich weitergebildet und praxisnäher ausgebildet werden. Qualifizierte Quer- und Seiteneinstiege sowie die Anerkennung internationaler Abschlüsse brauchen Erleichterungen. Unternehmertum und berufliche Praxis

müssen durch Praktika, Praxistage und Unternehmenskooperationen frühzeitig in der schulischen Bildung verankert werden.

3. Berufliche und akademische Bildung gleichwertig gestalten

Deutschland braucht einen Kulturwandel zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Dafür sind frühzeitige, verbindliche Berufsorientierung und eine engere Zusammenarbeit von Schulen, Unternehmen, Kammern und Arbeitsagenturen erforderlich.

Berufliche und akademische Kompetenzen müssen stärker gegenseitig anerkannt, duale Studiengänge und praxisnahe Hochschulangebote ausgebaut werden. Bei geeigneten Studiengängen sollen neben Schulnoten auch Berufsausbildung, Praxiserfahrung und außerschulisches Engagement bei Wahrung fachlicher Mindestanforderungen berücksichtigt werden. Die Hochschulfinanzierung muss Qualität, Praxisbezug, Arbeitsmarktrelevanz und Studienerfolg stärker gewichten.

4. Weiterbildung flexibel, unbürokratisch und wirkungsorientiert gestalten

Der Wandel beruflicher Anforderungen verlangt modulare Qualifikationen, Mikrozertifikate, Teilqualifizierungen und digitale Kompetenznachweise. Diese müssen qualitätsgesichert, kombinierbar und auf weiterführende Abschlüsse anrechenbar sein.

Weiterbildung muss selbstverständlicher Bestandteil des Erwerbslebens werden. Unbürokratische Weiterbildungszulagen und Co-Investment-Modelle von Staat, Unternehmen und Beschäftigten sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen unterstützen.

Das bürokratische Zulassungs- und Zertifizierungssystem für geförderte Weiterbildung (AZAV) muss durch digitale Verfahren, Once-only-Nachweise, Remote-Audits, den Abbau redundanter Pflichten und transparente Qualitätsbewertungen grundlegend modernisiert werden.

5. Alle Fachkräftepotenziale erschließen

Deutschland muss vorhandene Fachkräftepotenziale besser erschließen und Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Fachkräftedaten systematisch verknüpfen. Zugleich braucht es arbeitsmarktorientierte Fachkräftezuwanderung mit schnelleren, digitalen und bundesweit vergleichbaren Anerkennungs- und Genehmigungsverfahren.

Sprachförderung, Qualifikationsanerkennung und Arbeitsmarktzugang müssen ineinandergreifen. Bei fachlicher Möglichkeit können mehrsprachige Arbeitsabläufe und berufsbezogenes Englisch die Integration erleichtern. Sprach- und Berufssprachkurse bleiben unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Fachkräftestrategie.

VI. Digitalisierung und KI: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft modernisieren

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind Voraussetzungen staatlicher Handlungsfähigkeit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der Gegenwart und Zukunft.

(VI) Daten und Handlungsdruck: Digitalisierung muss vom Versprechen zur Verwaltungspraxis werden

- Nach dem Onlinezugangsgesetz sollten bis Ende 2022 575 Verwaltungsleistungen digitalisiert werden; fristgerecht umgesetzt wurden nur 105.

1. Digitale Infrastruktur und Genehmigungen beschleunigen

Breitband- und 5G-Ausbau brauchen digitale Antragsportale, standardisierte Verfahren, klare Zuständigkeiten und Fiktionsregelungen. Vorhandene Infrastruktur wie Leerrohre von Bahn oder Energieversorgern soll verpflichtend genutzt werden, um Doppelausbau und unnötige Kosten zu vermeiden.

2. Digital-Check für alle Gesetze

Gesetze müssen von Beginn an digital gedacht werden. Ein Digital-Check in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien soll prüfen, ob neue Regelungen mit minimalem bürokratischen Aufwand, weitgehend automatisiert und vollständig digital umgesetzt werden können. Bürokratieabbau beginnt im Gesetzgebungsverfahren.

3. KI als Schlüsseltechnologie verankern

Die KI-Infrastruktur ist auszubauen. Dazu zählen leistungsfähige Rechenkapazitäten, rechtssichere Datenräume, Cloud-Lösungen in der Verwaltung, KI-Fabriken und eine verlässliche Energieversorgung. Ressorts können als Ankerkunden auftreten, wenn damit KI z.B. in Bereichen wie Fachkräfteeinwanderung und Visa-Anträgen schneller praktisch eingesetzt wird. Der EU AI Act muss wirtschaftsfreundlich, einheitlich und innovationsfreundlich umgesetzt werden.

4. Cybersicherheit und digitale Souveränität

Digitale Transformation setzt Vertrauen voraus. Deshalb gehören souveräne Infrastruktur, Schutz vor Datenabfluss, klare Zuständigkeiten, eine Cybersicherheitsstrategie und die Stärkung relevanter Behörden zum Kern eines modernen Digitalstaats.

VII. Familie und junge Leistungsträger: Verlässlichkeit statt Kürzungen

Familienpolitik ist Standortpolitik. Junge Menschen sind bereits mit hohen Lebenshaltungskosten, Abgaben und wachsenden Zukunftslasten konfrontiert; zugleich sind

ihre wirtschaftlichen Perspektiven unsicher und ihre Eigentumsperspektiven beschränkt. Deshalb darf Politik nicht gerade bei der Gründung und Sicherung von Familien sparen. Auch Wohnraum ist eine zentrale Generationenfrage: Wer junge Familien ernst nimmt, muss Wohnungsbau, bezahlbares Wohnen und Eigentumserwerb stärker in den Blick nehmen. Immer striktere Markteingriffe zum vermeintlichen Mieterschutz führen insbesondere zulasten der jungen Generation zu einer Verstarrung und Verteuerung des Wohnungsmarktes.

Ein größeres Immobilienangebot kann wesentlich dazu beitragen, den Preisdruck zu mindern. Bauvorschriften müssen dafür systematisch überprüft und an vielen Stellen gekappt werden. Die Kaufnebenkosten sollten durch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie gesenkt werden.

(VII) Daten und Handlungsdruck: Familien tragen schon heute hohe Abgaben- und Zukunftslasten

- Bei einer Familie mit zwei Kindern, in der beide Partner arbeiten, liegt der Steuer- und Abgabenkeil in Deutschland bei 42,6 % der Arbeitskosten; im OECD-Durchschnitt sind es 29,8 %.

Elterngeld schützen und verlässlich weiterentwickeln

Das Elterngeld muss verlässlich bleiben. Änderungen bei Bezugsdauer, Lohnersatzrate und Anspruchsvoraussetzungen müssen frühzeitig angekündigt, transparent begründet und auf ihre Auswirkungen für junge Familien überprüft werden.

VIII. Beschlussformel: Das Versprechen des Jungen Wirtschaftsrats

Der Junge Wirtschaftsrat gibt sich mit dieser Agenda ein programmatisches Versprechen. Wir vertreten die junge Generation dort, wo politische Entscheidungen Lasten verschieben, Aufstieg blockieren oder Zukunftsfähigkeit gefährden. Wir setzen uns ein für einen schnelleren, digitaleren und schlankeren Staat, solide Finanzen, eine demografiefeste und kapitalgedeckte Alterssicherung, finanzielle Bildung als Grundlage eigenverantwortlicher Vorsorge, Vermögensaufbau für alle, Bildung für die Arbeitswelt von morgen, eine technologieoffene und wettbewerbsfähige Energie- und Digitalpolitik und verlässliche Familienpolitik. Unser Anspruch: Deutschland soll für junge Menschen wieder ein Land der Chancen werden.